



Entschädigung § 56 IfSG

Anspruchsvoraussetzung

Wem als Ausscheider, Ansteckungsverdächtiger, Krankheitsverdächtiger oder als sonstiger Träger von Krankheitserregern aufgrund des Infektionsschutzgesetzes die Ausübung seiner bisherigen Erwerbstätigkeit verboten wurde, kann bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Entschädigung in Geld erhalten (§ 56 IfSG), wenn er durch das Verbot einen Verdienstausschlag erlitten hat.

Das Gleiche gilt für Personen, die als Ausscheider oder Ansteckungsverdächtige abgesondert (isoliert) wurden oder werden (Stichwort: Quarantäne). Bei Ausscheidern jedoch nur, wenn sie andere Schutzmaßnahmen nicht befolgen können.

Zu beachten ist, dass eine Entschädigung jedoch nicht in Frage kommt, wenn die betreffende Person in der Zeit des Tätigkeitsverbotes arbeitsunfähig ist (AU bzw. „gelber Zettel“), da „kranke Personen“ für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit einen vorrangigen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten sechs Wochen gegenüber ihrem Arbeitgeber und ab der siebten Wochen Anspruch auf Krankengeld gegenüber ihrer Krankenkasse haben.

Entschädigungshöhe

Die Entschädigung bemisst sich nach dem Verdienstausschlag. Bei Arbeitnehmern hat der Arbeitgeber für die Dauer des Arbeitsverhältnisses - längstens für sechs Wochen - die Entschädigung für die zuständige Behörde zu zahlen. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Infektionsschutzgesetz. Die ausgezahlten Beträge werden dem Arbeitgeber auf Antrag von der zuständigen Behörde erstattet, wenn alle Voraussetzungen vorliegen.

Anspruchsfrist

Entschädigungs- bzw. Erstattungsanträge sind innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Einstellung der verbotenen Tätigkeit oder dem Ende der Absonderung bei dem zuständigen Landkreis bzw. bei der kreisfreien Stadt einzureichen, in dessen/deren Bezirk der Arbeitsplatz des Betroffenen liegt.

Definitionen

- **Ausscheider:**
Eine Person, die Krankheitserreger ausscheidet und dadurch eine Ansteckungsquelle für die Allgemeinheit sein kann, ohne krank oder krankheitsverdächtig zu sein.
- **Ansteckungsverdächtiger:**
Eine Person, von der anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen hat, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.
- **Krankheitsverdächtiger:**
Eine Person, bei der Symptome bestehen, welche das Vorliegen einer bestimmten übertragbaren Krankheit vermuten lassen.

Antragstellung

Das Formular kann per E-Mail (gesundheit@kreis-bergstrasse.de) oder telefonisch angefordert werden.

Die in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Personen können in der Regel nach wie vor einen Gehalts- oder Lohnanspruch gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen, sodass insoweit die Zahlung einer Entschädigung nach § 56 IfSG entfällt. Das Gleiche gilt für einen Anspruch auf Krankengeld ab der siebten Woche im Krankheitsfall gegenüber der zuständigen Krankenkasse. Bei Erstattungsanträgen ist deshalb in jedem Fall vom Antragsteller nachzuweisen, dass vom Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber oder anderen Stellen kein Anspruch auf Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes aufgrund anderer Rechtsnormen besteht.

Diesbezüglich sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- Für Auszubildende gilt die Regelung des § 19 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)
- Für die übrigen zur Dienstleistung Verpflichteten ist § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) anzuwenden. Danach verliert der Arbeitnehmer den Anspruch auf die Vergütung nicht, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Auch hier ist von einem Zeitraum von sechs Wochen auszugehen. Sollte jedoch die Regelung des § 616 BGB durch Arbeits- oder Tarifvertrag abbedungen („außer Kraft“) gesetzt worden sein, so ist eine entsprechende Kopie dieses Vertrages vorzulegen.
- Für alle übrigen Arbeitnehmer gilt § 3 des Entgeltfortzahlungsgesetzes (EntgFG)
- Konnte eine Ersatztätigkeit ausgeübt werden?

Anlagen zur Antragsstellung

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

Vom Arbeitgeber bei Erstattungsansprüchen für Arbeitnehmer:

- Ein Nachweis über die Höhe des für die Zeit des Tätigkeitsverbotes oder der Absonderung nach den gesetzlichen Vorschriften über die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle zu zahlenden Arbeitsentgeltes (Gehaltsmitteilung des betreffenden Monats; wenn ein Durchschnittslohn zugrunde zu legen ist, dann auch die der vorherigen drei Monate).
- Ein Nachweis über die Höhe der abzuziehenden Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung oder entsprechende Aufwendungen zur sozialen Sicherung (im Einzelnen aufgeschlüsselt).
- Ein Nachweis darüber, dass während der Zeit des Tätigkeitsverbotes oder der Absonderung keine Zuschüsse gewährt wurden oder ein Nachweis über die Höhe der Zuschüsse (§ 56 Abs. 8 IfSG).
- Ein Nachweis, dass während der Zeit des Tätigkeitsverbotes oder der Absonderung keine Arbeitsunfähigkeit wegen einer Krankheit bestand (z.B. Bescheinigung der Krankenkasse).
- Eine Kopie der Anordnung über das Tätigkeitsverbot oder die Absonderung (wenn vorhanden).
- Eine Ausfertigung des Arbeits-/Tarifvertrages (soweit erforderlich).

Von Selbständigen:

- Eine Bescheinigung des Finanzamtes über die Höhe des letzten beim Finanzamt nachgewiesenen Jahreseinkommens.
- Ein Nachweis über die Höhe der abzuziehenden Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung oder entsprechende Aufwendungen zur sozialen Sicherung (im Einzelnen aufgeschlüsselt).

- Ein Nachweis, dass während der Zeit des Tätigkeitsverbotes oder der Absonderung keine Arbeitsunfähigkeit wegen einer Krankheit bestand (z.B. Bescheinigung der Krankenkasse).

Von Heimarbeitern:

- Ein Nachweis über die Höhe des durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgeltes des letzten Jahres vor Einstellung der verbotenen Tätigkeit (Gehaltsmitteilung des betreffenden Jahres).
- Ein Nachweis über die Höhe der abzuziehenden Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung oder entsprechende Aufwendungen zur sozialen Sicherung (im Einzelnen aufgeschlüsselt).
- Ein Nachweis darüber, dass während der Zeit des Tätigkeitsverbotes keine Zuschüsse gewährt wurden oder ein Nachweis über die Höhe der Zuschüsse (§ 56 Abs. 8 IfSG).
- Ein Nachweis, dass während der Zeit des Tätigkeitsverbotes keine Arbeitsunfähigkeit wegen einer Krankheit bestand (z.B. Bescheinigung der Krankenkasse).

Antragsteller, die eine Ersatztätigkeit ausüben dürfen, sind zunächst verpflichtet, sich bei der zuständigen Agentur für Arbeit mit der Bitte um Zuweisung einer zumutbaren, jederzeit kündbaren Ersatz- bzw. Aushilfstätigkeit zu melden, wenn im (eigenen) Betrieb keine Ersatztätigkeit ausgeübt werden kann. Vor der Aufnahme einer Ersatztätigkeit ist jedoch in jedem Falle die Zustimmung der jeweils zuständigen Behörde einzuholen. „Zuständige Behörde“ ist die Behörde, die das Tätigkeitsverbot bzw. die Absonderung angeordnet hat.

Von Antragstellern, die eine Ersatztätigkeit ausüben dürfen, sind außer den unten genannten Unterlagen folgende Nachweise vorzulegen:

- Eine Bestätigung des Arbeitgebers, dass für den Zeitraum des Tätigkeitsverbotes keine Ersatztätigkeit im Betrieb ausgeübt werden konnte.
- Eine Bescheinigung über das durch die ausgeübte Ersatztätigkeit erzielte Einkommen während der Zeit, für die der Antrag gestellt wird (§ 56 Abs. 8 Nr. 2 IfSG)
- Eine Bescheinigung der Agentur für Arbeit über das erfolglose Bemühen um eine zumutbare und jederzeit kündbare Ersatz- bzw. Aushilfstätigkeit und die Bestätigung, dass Arbeitslosengeld dem Antragsteller wegen unberechtigter Verweigerung einer Arbeitsaufnahme oder aus anderen gesetzlichen Gründen (z.B. wegen Weigerung der erforderlichen Mitwirkung) nicht versagt worden ist (§ 56 Abs. 8 Nr. 4 IfSG)

Bitte senden an:

Der Kreisausschuss des Kreises Bergstraße
- Gesundheitsamt -
Kettelerstraße 29
64646 Heppenheim

**Antrag auf Verdienstaufschlüsselung
nach §§ 56 ff. des Infektionsschutzgesetzes (IfSG)**

Hinweis:

Um sachgerecht über den Erstattungsantrag entscheiden zu können, werden von Ihnen die nachfolgenden Angaben benötigt. Wir bitten Sie daher, den Antrag sorgfältig auszufüllen. Bitte beachten Sie das diesem Antrag beigefügte Merkblatt und vergessen Sie nicht, den Antrag auf der letzten Seite zu unterschreiben.

A. Firma

Name der Firma	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon, Fax	

Ich beantrage Entschädigung nach § 56 IfSG als

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Arbeitgeber/in | <input type="checkbox"/> Selbständiger |
| <input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in | <input type="checkbox"/> Heimarbeiter/in |

B. Persönliche Angaben

Name, Vorname			
Straße, Hausnummer			
PLZ, Ort			
Geburtsdatum			
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden	
Anzahl der Kinder		Steuerklasse	

C. Angaben zum Tätigkeitsverbot bzw. zur Absonderung

Von welcher Stelle wurde das Tätigkeitsverbot bzw. die Absonderung angeordnet?			
Inhalt der Anordnung (untersagte Tätigkeit)?			
Bis zur Anordnung ausgeübte Tätigkeit?			
Grund der Anordnung?			
Das Verbot erfolgte	mündlich am (Datum, Uhrzeit)	schriftlich am	letzter Arbeitstag am
Wurde das Verbot bereits aufgehoben?	mündlich am (Datum, Uhrzeit)	schriftlich am	erster Arbeitstag
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		

D. Angaben zur beruflichen Tätigkeit

Beruf			
derzeitige Tätigkeit			
beschäftigt seit		beschäftigt als	<input type="checkbox"/> Arbeiter/in <input type="checkbox"/> Angestellte/r <input type="checkbox"/> Auszubildende/r
Das Arbeitsverhältnis	<input type="checkbox"/> besteht weiter <input type="checkbox"/> war befristet bis _____		
Das Arbeitsverhältnis wurde gekündigt / aufgelöst?	<input type="checkbox"/> vom Arbeitgeber <input type="checkbox"/> vom Arbeitnehmer	Kündigung erfolgte am	Kündigung erfolgte zum
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			

Besteht für den Wirtschaftsbereich, dem die Firma angehört, ein Tarifvertrag oder Manteltarifvertrag?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Tarifvertrag zwischen		
Tarifvertrag vom		
Ist der (Mantel-)Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt worden?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Ist der (Mantel-)Tarifvertrag für die Firma gültig?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
Für den/die Arbeitnehmer/in gilt der (Mantel-)Tarifvertrag nicht, weil		

E. Angaben zur Berechnung der Entschädigung

War der/die Arbeitnehmer/in während des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung arbeitsunfähig erkrankt?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	von _____ bis _____
Bescheinigung der Krankenkasse oder AU-Bescheinigung	<input type="checkbox"/> ist beigelegt <input type="checkbox"/> wird nachgereicht	
Bestand während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Entgeltfortzahlung?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	von _____ bis _____
Die Entgeltfortzahlung erfolgte nach	<input type="checkbox"/> § 616 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) <input type="checkbox"/> § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz (EntgFG)	
Vorlage Arbeitsvertrag bzw. Tarifvertrag, falls Anspruch hierdurch abgedungen (außer Kraft gesetzt) wurde	<input type="checkbox"/> ist beigelegt <input type="checkbox"/> wird nachgereicht	
Entgeltfortzahlung erfolgte in folgender Höhe	Betrag _____ EUR	

Vor Anordnung des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung bestand Versicherungspflicht bei der	<input type="checkbox"/> Krankenversicherung bei _____ <input type="checkbox"/> Pflegeversicherung <input type="checkbox"/> Rentenversicherung Bund <input type="checkbox"/> Rentenversicherung Land _____ <input type="checkbox"/> Arbeitslosenversicherung
--	--

E1. Arbeitnehmer/innen

Anspruch auf Fortzahlung der Vergütung bei Arbeitnehmer/innen	von _____ bis _____
Zu zahlendes regelmäßiges Brutto-Arbeitsentgelt während der Zeit des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung <u>abzüglich</u>	
a. Lohnsteuer	_____ EUR
b. Kirchensteuer	_____ EUR
c. Solidaritätszuschlag	_____ EUR
d. Sozialversicherungsbeiträge (einschl. Pflegeversicherung)	_____ EUR
e. andere Aufwendungen zur sozialen Versicherung	_____ EUR
Netto-Arbeitsentgelt	_____ EUR
Entsprechende Nachweise bzw. Bescheinigungen	<input type="checkbox"/> sind beigelegt <input type="checkbox"/> werden nachgereicht

Anspruch auf Fortzahlung <u>eines Teiles</u> der Vergütung bei Arbeitnehmer/innen	von _____ bis _____
Zu zahlendes regelmäßiges Brutto-Arbeitsentgelt während der Zeit des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung <u>abzüglich</u>	
a. Lohnsteuer	_____ EUR
b. Kirchensteuer	_____ EUR
c. Solidaritätszuschlag	_____ EUR
d. Sozialversicherungsbeiträge (einschl. Pflegeversicherung)	_____ EUR
e. andere Aufwendungen zur sozialen Versicherung	_____ EUR
Netto-Arbeitsentgelt	_____ EUR
Entsprechende Nachweise bzw. Bescheinigungen	<input type="checkbox"/> sind beigelegt <input type="checkbox"/> werden nachgereicht

E3. Heimarbeiter/innen

Vergütung bei Heimarbeiter/innen	von _____ bis _____
Brutto-Arbeitsentgelt während der Zeit des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung (berechnet nach dem durchschnittlichen monatlichen Brutto-Arbeitsentgelt im letzten Jahr vor der Anordnung des Tätigkeitsverbotes bzw. der Absonderung) <u>abzüglich</u> <ul style="list-style-type: none"> a. Lohnsteuer b. Kirchensteuer c. Solidaritätszuschlag d. Sozialversicherungsbeiträge (einschl. Pflegeversicherung) e. andere Aufwendungen zur sozialen Versicherung 	_____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR _____ EUR
Netto-Arbeitsentgelt	_____ EUR
Entsprechende Nachweise bzw. Bescheinigungen	<input type="checkbox"/> sind beigefügt <input type="checkbox"/> werden nachgereicht

F. Kontoverbindung

Eine zu gewährende Verdienstausfallentschädigung soll auf das folgende Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber	
Kontonummer	
Bankleitzahl	
Bankinstitut	

Ich versichere, den vorstehenden Antrag auf Verdienstausfallentschädigung wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt zu haben.

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt im Rahmen der Bearbeitung von Entschädigungsanträgen gemäß § 56 IfSG. Das Gesundheitsamt verarbeitet Ihre Daten, um seinen Aufgaben nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten (IfSG) nachkommen zu können.

Datum, Unterschrift, ggf. Stempel der Firma